

Finanzen:

Für unsere Gemeinde stellen wir uns ein solides und stabiles Fundament für den Gemeindehaushalt vor. Dass man einen soliden Haushalt auch mit Steuersenkungen erreichen kann, zeigt das Beispiel Monheim am Rhein. Diese Gemeinde hat es innerhalb von 5 Jahren geschafft von einem Defizit in einer Höhe von 20 Millionen Euro auf ein Plus von 20 Millionen Euro zu kommen und dieses, so abstrakt wie es klingt, mit Steuersenkungen. In der neuen Legislaturperiode wollen wir uns auf einen ähnlichen Weg begeben und hoffen, dass wir in einem ähnlich kurzen Zeitraum einen ebenso großen Haushaltsüberschuss wie Monheim am Rhein aufweisen können. Denn von einer Steuersenkung haben schließlich alle etwas, gerade wenn es genauso gut läuft. Denn dann kann man es der Gemeinde Monheim am Rhein gleich tun und sämtliche Kitabeiträge streichen. Zudem fördert man mit einer Steuersenkung nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern auch den bezahlbaren Wohnraum. Wenn die Grundsteuer B sinkt, fallen weniger Steuern in diesem Sektor an, und die Mieten können aufgrund der geringeren Steuerlast ebenfalls gesenkt werden. Deswegen fordern wir die Senkung der folgenden Steuern: Gewerbesteuer und der Grundsteuern A und B.

Auch gehören aus unserer Sicht die freiwilligen Leistungen der Gemeinde überprüft. Es kann nicht sein, dass die Ausgaben dafür z. B. von 3,8 Millionen Euro auf 6,65 Millionen Euro innerhalb von 3 Jahren steigen. So sollte es aus unserer Sicht ein Bürgerbussystem aus Freiwilligen geben, die, ähnlich wie in Werther, ergänzend zum bestehenden Anrufsammel- taxi (AST) fahren. Hierdurch können die Bezuschussungskosten z. B. für das AST gesenkt werden. Denn es kann aus Sicht der UWG Steinhagen e.V. nicht sein, dass die Gemeinde jede Fahrt des AST mit mehr als 15€ aus dem Gemeindehaushalt bezuschusst

Außerdem gehören aus unserer Sicht Steuern, wie z.B. Hundesteuer, welche ein Relikt aus dem 20. Jahrhundert ist, komplett abgeschafft. Denn mit welcher Begründung sollte diese Steuer bestehen bleiben? Aus unserer Sicht gibt es dafür keine vernünftige Begründung, und wir empfinden die Hundesteuer gar als Diskriminierung gegenüber den anderen Tierhaltern.

Zudem sind wir für die Einführung einer kostengünstigeren OGGS und die komplette Verpflegungskostenübernahme für Schüler/-innen durch die Gemeinde. Bereits jetzt wird jede ausgegebene Mahlzeit in den Mensen mit 60% durch die Gemeinde bezuschusst; trotzdem müssen die Eltern immer noch einen Eigenanteil in Höhe 40% leisten. Dieses wollen wir ändern und durch Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen kostenfreie Essen in den Mensen der Schulen erreichen.

Wir wollen die Zukunftstechnologien in der Gemeinde fördern, denn auch unsere Gemeinde Steinhagen muss Schritt halten können im 21. Jahrhundert. Es kann nicht sein, dass wir in Steinhagen von anderen Kommunen im Kreis abgehängt werden. Wir müssen es schaffen, dass wir uns auf Augenhöhe mit anderen Kommunen messen können.